

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 86. Ratssitzung vom 27. Januar 2016

1643. 2015/389

Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.12.2015:

Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ, Erleichterung des Zugangs zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1485/2015): Die 1%-Klausel in den Baurechtsverträgen sieht vor, dass das Sozialdepartement, wenn Bedarf existiert, ein Prozent der Wohnungen der Baurechtsnehmer übernehmen kann. Dies um sozial benachteiligten Klientinnen und Klienten eine Wohnung zu vermitteln. Das Resultat der Umfrage war deutlich: Etwa 178 Wohnungen könnten vom Sozialdepartement bezogen werden. Real genutzt wurden aber 2014 nur 26 Wohnungen. Grund war die Neuorientierung der Politik Wohnen und Obdach, die zu einem erheblichen Rückgang der Vermietung von Notwohnungen geführt hat. Infolge dessen sollten die Sozialen Dienste ihre Wohnpolitik nochmals überdenken und im Interesse einer Integration nach Lösungen suchen, wie sie die Wohnsituation ihrer Klienten verbessern kann. Es bestünde die Möglichkeit in Form einer Börse, in der die nächsten freien Wohnungen automatisch gemeldet würden. Dadurch könnten Sozialhilfekosten gespart und ein Integrationsprozess gefördert werden. Wir wollen keine neue Abteilung innerhalb der Sozialen Dienste installieren. Sie haben den Auftrag, für eine solche Vermittlung zu sorgen. Dies kann mit den bestehenden Ressourcen kostenneutral umgesetzt werden. Private können sich auch an der Wohnungsfindung beteiligen, nicht als Zwang, sondern als freie Möglichkeit.*

***Roberto Bertozzi (SVP)** begründet den von Dr. Daniel Regli (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. Dezember 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Grundsätzlich wünscht sich die SVP keine staatliche Einmischung in den privaten Wohnungsmarkt. Wir möchten keine Überreglementierung und befürchten, dass dies zu einer Erhöhung der personellen Ressourcen in der Stadt führt. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

***Ursula Uttinger (FDP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir wünschen uns eine kostenneutrale Umsetzung. Wenn die Ergänzung angenommen wird, können wir dem Postulat zustimmen.*

***Roger-Paul Speck (SP):** Wir unterstützen das Postulat gerne, für einen besseren Zugang zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum. Ein Zugang zu zahlbaren Wohnungen für die sozial Schwächeren muss erleichtert werden. Ein besserer Zugang zu zahlbaren Wohnungen ist eigentlich für alle Menschen mit knappen*

Mitteln notwendig und nicht nur für Leute in der Sozialhilfe. Wie und wo die personellen Ressourcen eingesetzt werden, soll dem Departement überlassen werden. Bei Bedarf finden wir eine Wohnberatung sinnvoll. Klienten von der Sozialhilfe abzulösen ist ein Ziel der Stadt, auch im Sinne einer Entlastung der Finanzen und für die Erhaltung, Würde und den Selbstwert der Sozialhilfe-Klienten. Stabile Wohnverhältnisse zu einem normalen Mietzins bedeuten weniger Stress, mehr Ressourcen für die Familie und die Jobsuche. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Auch die Grünen unterstützen das Postulat. Es ist Realität, dass es in jedem Fall schwierig ist, eine günstige Wohnung in der Stadt bekommen. Noch schwerer ist es, wenn man Sozialhilfebezüger ist, einen fremden Namen hat oder Flüchtling ist. Die Spezialanstrengungen sind nötig. Man kann sich auch überlegen, den Leistungsauftrag von Organisationen zu erweitern. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Kostenneutralität. Lieber jetzt ein wenig Geld investieren, was sich langfristig auszahlt. Es gibt keine Reglementierungen, sondern nur praktische Hilfe, um mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen.*

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP will das Postulat ebenfalls unterstützen. Der Verein Domizil ist auf dem Gebiet der Wohnungsvermittlung bereits aktiv, weshalb uns wichtig ist, dass es keine Doppelspurigkeiten gibt. Wir anerkennen aber die wichtige Aufgabe und dass eine Unterstützung notwendig ist.*

Urs Fehr (SVP): *Die Menschen müssen ja auch eine Eigenverantwortung haben. Wenn die Bewerbung und der Betreuungsauszug sauber sind, ist es nicht wichtig, welcher Name vorne steht. Wenn ein Betreuungsauszug Einträge verzeichnet, jedoch begleitet ist von einem Brief, worin die Einträge erklärt werden, siehe ich persönlich diese Bewerbung nicht direkt aus. Günstige Wohnungen sind meines Wissens alle belegt. Mit einem solchen Postulat nimmt man letztendlich auch denjenigen die Wohnung weg, die auf diese angewiesen sind. Das Ziel muss sein, die Menschen dazu zu bringen, sich im Wohnungsmarkt korrekt zu bewerben und auch so aufzutreten.*

Severin Pflüger (FDP): *Bei persönlichen Erfahrungen habe ich mich schon das ein oder andere Mal gefragt, ob unsere städtische Wohnbaupolitik nicht versagt hat. Wir investieren Milliarden, geben verbilligtes Land an Baugenossenschaften der Bundesangestellten ab und am Schluss lassen wir Menschen in ärmlichsten Verhältnissen wohnen. Genau für diese muss Abhilfe geschaffen und sie aus der Abwärtsspirale geholt werden. Der gemeinnützige Wohnungsbau würde das Prädikat gemeinnützig so ein wenig mehr verdienen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Es ist die Frage, welche Zielgruppe wir mit welchem Angebot am besten unterstützen können. Es gibt diejenigen, die eine gewisse Betreuung benötigen und solche, die nur in einer anständigen Wohnumgebung Wohnraum benötigen. Ein Element ist sicher die einfache Vermittlung von Wohnraum unter dem Titel einer allfälligen Börse. Wieder eine ganz andere Situation haben wir im Asylbereich. Auch hier*

3 / 3

gibt es unterschiedliche Bedürfnisse und einen unterschiedlichen Personalbedarf. Nicht jede Wohnliegenschaft ist gleich gut geeignet für jede Zielgruppe. Daran arbeiten wir, auch gerne mit Unterstützung des Postulats. Die städtische Liegenschaftenverwaltung sowie die Genossenschaften machen schon heute sehr viel und sind ein wichtiger Partner der Sozialen Dienste. Es geht um eine Zusammenarbeit und nicht darum, etwas zu erzwingen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, um Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste und der AOZ den Zugang zu städtischem, genossenschaftlichem und privatem Wohnraum zu erleichtern. Geprüft werden soll dabei auch, ob für die Sicherung stabiler Wohnverhältnisse auch Mittel für die Wohnberatung bereitgestellt werden müssten. Dies soll kostenneutral erfolgen.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 99 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat